

## KURZ NOTIERT

von Luise Malchert

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Abteilung für Südasienswissenschaften in Bonn

### Arbeitslager bleiben!

Die Regierung hat eine parlamentarische Anfrage auf Schließung der Arbeitslager und eine Beendigung der Zwangsarbeit für Gefangene abgelehnt. Zwangsarbeit in Myanmars Gefängnissen ist ein Relikt Birmas Weg zum Sozialismus und wurde 1978 unter Ne Win eingeführt. 2004 schloss die Regierung 36 Arbeitslager und nannte die restlichen 46 in Ausbildungszentren für Landwirtschaft und Tierzucht oder schlicht Produktions-

zentren um. Der neue Anstrich änderte nichts an dem extremen Einsatz von Zwangsarbeit und der dramatischen humanitären Lage in den Camps. Zwischen 1978 und 2004 starben über 4.000 Menschen, weitere 1.100 Menschen starben in den vergangenen zehn Jahren (bis August 2014). Die Strafe »harte Arbeit« wird von den Gerichten oft vergeben. Jüngste Beispiele ist eine Familie aus der Irrawaddy Division, die zu sechs

Monaten Arbeitslager in einem Rechtsstreit über ihren Anspruch auf ihr eigenes Land verurteilt wurde, darunter auch die 70-jährigen Großeltern. Fünf Journalisten wurden Mitte 2014 zu jeweils zehn Jahren harter Arbeit verurteilt, weil sie über die Beziehungen des Militärs zur chinesischen Regierung berichteten.

*Bangkok Post 14.10.2014*

*abc.net 11.7.2014*

*dvb 4.11.2014*

### Nachwahlen 2014 abgesagt

Die letzte Nachwahl 2012 hatte Aung San Suu Kyi ins Parlament gebracht, genug Umschwung für die vorsichtige Militär-zivil-Koalition? Eine für November 2014 geplante Nachwahl wurde von der Wahlkommission abgesagt. 35 Parlamentssitze sind und bleiben unbesetzt. Doch diese Entscheidung stört weder die Regie-

rung noch die Opposition. Die Gastgeberschaft für den ASEAN-Gipfel und die Wahl 2015 sind organisatorische und finanzielle Großprojekte, die wenig Raum für eine Nachwahl lassen. Weiterhin betont Tin Aye, der Leiter der Wahlkommission, hätte diese Wahl keine Auswirkung auf die Verteilung der Machtverhält-

nisse. Auch die Nationale Liga für Demokratie (NLD) stimmt dem zu. Die Oppositionspartei gewann bei den letzten Nachwahlen 43 von 44 Stimmen und konnte dadurch ins Parlament einziehen, sieht aber eine erneute Nachwahl als Verschwendung von Zeit und Geld an.

*Deutsche Welle 7.9.2014*

### Perspektive 2015

Der Oppositionspartei NLD werden bei der Wahl 2015 sehr gute Chancen auf einen Sieg eingeräumt. Eine große Hürde gilt es dafür aber noch zu nehmen, die Abschaffung der personalisierten Wahlklausel in der Verfassung, die keine Person mit ausländischer Verwandtschaft Staatsoberhaupt werden lässt. Beiden Söhne von Aung San Suu Kyi haben britische Pässe. Ohne Aung San Suu Kyi als Kandidatin wären die Erfolgchancen für die NLD geschmälert.

Dennoch sind die Hoffnungen auf eine Verfassungsänderung ambivalent, die Gegenwehr aus Regierungskreisen ist stark. Neue Impulse geben Gespräche zwischen Präsident Thein Sein und Aung San Suu Kyi zusammen mit Parteichefs, hohen Militärs und der Wahlkommission. Der erste

runde Tisch dieser Art überhaupt fand am 31.10.2014 statt. Es kann als ein erster Versuch gewertet werden, die verschiedenen konkurrierenden politischen Kräfte und das Militär zusammen zu bringen. Erwartungen eines breiten Konsens sind sicherlich verfrüht.

Die NLD hingegen hat ihre Strategie gewandelt. Statt weiterhin auf die Änderung der Verfassung zugunsten Aung San Suu Kyi's zu pochen, will sie weitreichendere Änderungen der Verfassung durchsetzen. Paragraph 436 schreibt bislang fest, dass 75 Prozent der Stimmen im Parlament nötig sind, um die Verfassung ändern zu lassen. Die NLD will diese Zahl auf zwei Drittel reduzieren um eine Verfassungsänderung zu erleichtern. Auch die regierende Union Solidarity

and Development Partei (USDP) unterstützt nun diesen Vorschlag.

Die USDP will jedoch noch mehr, sie hat eine Änderung des gesamten Wahlrechts im Auge und will das Mehrheitswahlrecht durch ein Verhältniswahlrecht ersetzen. Ein Versuch der militärnahen Regierungspartei die zu erwartenden Verluste 2015 zu minimieren. DemokratieaktivistInnen und die NLD haben in einer Kampagne zwei Millionen Unterschriften gegen die Änderung gesammelt.

Für beide Änderungen, die der Verfassung und die des Wahlrechts, ist ein Jahr vor der Wahl nur wenig Zeit. Die Kämpfe um politische Macht und Einfluss sind voll entfacht und schließen womöglich einen Kuhhandel auch nicht mehr aus.

*The Nation 6.10.2014*

*IJSS 5.11.2014*